

Pressemitteilung

Griechenland missbraucht ELA

-

Und die EZB sieht tatenlos zu

Berlin, den 17.2.2015

Griechenland will ungestraft die Verträge mit EZB, IWF und EU brechen und das Reformprogramm suspendieren. Die Reaktion seiner Bürger: Kapitalflucht.

Die Regierung kann sich nur über Wasser halten, weil die Finanzierung der griechischen Banken mit Notkrediten der Griechischen Nationalbank (ELA) sichergestellt wird. Dies widerspricht dem von der EZB festgelegten Verfahren für die Gewährung von Notfallliquiditätshilfe. Die Notkredite (ELA) sind in der Höhe beschränkt (höchstens 2 Mrd. Euro pro Kreditinstitut) und dürfen nur an solvente Finanzinstitute zur Lösung vorübergehender Liquiditätsprobleme gewährt werden. Zudem hat die griechische Nationalbank gegenüber der EZB detaillierte Berichts- und Informationspflichten.

Griechenland erfüllt diese Pflichten nicht. Mehr noch: Es möchte die ELA-Mittel als Dauerhilfe für seine Banken nutzen, ohne dass die EZB widerspricht. Anderenfalls ist es nicht nachvollziehbar, dass die EZB entsprechend ihrer selbst auferlegten Kontroll- und Beschränkungspflichten solche Operationen zustimmt. Darüber hinaus hat sie nun die Höhe der Nothilfe an griechische Banken sogar auf 65 Mrd. Euro erhöht.

Angesichts dieser Unterlassungen der EZB wird die Glaubwürdigkeit geldpolitischen Mandats der EZB bei gleichzeitiger Bankenaufsichtskompetenz von Tag zu Tag fraglicher.

EuropolIS

Press contact:

Paulina Rusak, Ass. Iur.

Europolis e.V.

Hackescher Markt 4

10178 Berlin - Germany

sek@office.mck.de

0049-(0)30 84314136